

## Anastacia begeistert mit Bremer Philharmonikern



Anastacia bei ihrem Auftritt im Musical Theater: Die Hits der Rockdiva waren eigens für den gemeinsamen Auftritt mit den Bremer Philharmonikern neu arrangiert worden. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

**Bremen.** Die Rockröhre Anastacia gibt sich klassisch, und die Fans sind begeistert. Beim Auftritt im voll besetzten Musical Theater bot die Frau mit der markanten

und komplexen Soul- und Rockstimme am Dienstag ein begeisterndes Konzert der besonderen Art: In Gestalt der Bremer Philharmonikern erhielten die Hits des Weltstars

musikalische Verstärkung durch ein renommiertes klassisches Orchester. Im Musical Theater wurde ein eigens für diesen Abend einstudiertes Programm geboten, das es so

in dieser Form noch nicht zu hören gab. Die Hits von Anastacia waren eigens für diesen Konzertabend für das Orchester komplett neu arrangiert worden.



## Fragen zum Plan



**Kristina Läsker**  
über den OTB

**B**remen ist ein hoch verschuldetes Land. Sollte es deshalb weniger als bisher in die Wirtschaft investieren? Sicherlich nicht. Im Gegenteil. Bremen braucht größere Investitionen etwa in Häfen und Verkehr, um die Verarmung zu stoppen. Damit sich Betriebe ansiedeln und Wohlstand entsteht. Bei kluger Planung kann sich das für den Staat lohnen: Die Einnahmen steigen, das Geld fließt zurück.

Es war deshalb richtig, dass die rot-grüne Regierung vor Jahren einen Spezialhafen plante, der die Windparks auf hoher See bedient. Mit diesem Offshore-Terminal (OTB) sollte Bremerhaven zum zentralen Ort der Windindustrie werden. Das sollte Unternehmern und Jobs locken, und das ist bitter nötig: In Bremerhaven ist die Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie durchschnittlich im Rest Deutschlands.

Soweit der Plan. Dann kam die Realität. Keine private Firma wollte den Spezialhafen bauen, und die Regierung beschloss, das selbst zu tun. Mit mindestens 180 Millionen Euro. Das ist – noch – nachvollziehbar. Viele Großprojekte wären ohne staatlichen Anschlag gecheitert. Die entscheidende Frage ist: Stehen private Betreiber bereit? Das ist beim OTB nicht der Fall. Die zwei privaten Interessenten sind abgesprungen; sie halten das Ganze für ein Millionengrab. Grund: Die Bundesregierung hat die Ziele für Energie-Gewinnung aus Offshore-Windkraft eingedampft. Von 2020 an dürfte der Bau neuer Parks erlahmen. Damit schrumpft die wirtschaftliche Grundlage, denn es gibt genug Konkurrenzhäfen. Und es zerrint die wirtschaftspolitische Hoffnung auf neue Betriebe in der Nähe.

Trotz aller Warnsignale will die neue Koalition aber am OTB festhalten. Das weckt böse Erinnerungen. Vor vielen Jahren hat Bremen den Space Park subventioniert, einen Freizeitpark samt Läden und Gastronomie. Das Ganze ging fürchterlich schief: Der Park musste nach kurzer Zeit schließen, die geplanten Besucherzahlen blieben utopisch. Das Pleitprojekt kostete Bremen mehr als 200 Millionen Euro.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Koalition den OTB weiter befürwortet, ohne dessen Bedarf erneut ernsthaft zu überprüfen. Hat sie denn gar nichts aus dem Space-Park-Debakel gelernt? Zweifelhaft ist auch die Finanzierung des Hafens: Einen Teil des Geldes sollen staats-eigene Betriebe wie die Bremer Landesbank aufbringen. Klingt gut, scheitert aber erneut am Alltag: Zumindest die Landesbank hat ihre Dividende an die Eigner gerade eingestellt.

Politische Größe könnte auch darin bestehen, auf den Offshore-Terminal zu verzichten und etwas anderes zu fördern. [kristina.laesker@weser-kurier.de](mailto:kristina.laesker@weser-kurier.de)

## WETTER

Tagsüber 18°    Nachts 10°    Niederschlag 50%

Nur örtlich etwas Regen  
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



## Rot-Grün beschließt Offshore-Terminal

Verständigung in den Bremer Koalitionsverhandlungen / Es soll bei 180 Millionen Euro Baukosten bleiben

VON WIGBERT GERLING

**Bremen.** Der Hafen zur Verschiffung von Windkraftanlagen auf hoher See soll gebaut werden. „Es gibt ein eindeutiges Ja zum Offshore Terminal Bremerhaven“, betonte der Grünen-Landesvorsitzende Ralph Saxe. Die Verhandlungsrunde mit Spitzenvertretern seiner Partei und der SPD zur Neuaufgabe einer rot-grünen Regierungskoalition verständigte sich damit am Dienstag darauf, dass der OTB in das Regierungsprogramm aufgenommen wird. Das Vorhaben, erklärte Saxe, werde nicht mehr als 180 Millionen Euro kosten und sei für Bremerhaven „sehr, sehr wichtig“. Die Runde stimmte zudem ab, dass die Weservertiefung auf der Tagesordnung bleibt. Für Anfang Juli werde ein Beschluss des Europäischen Gerichtshofs erwartet, der abgewartet werde und eine Überprüfung des Bundesverwaltungsgerichts nach sich ziehe.

SPD-Landeschef Dieter Reinken sagte nach rund siebenstündigen Verhandlungen im Tagungszentrum des Rotes Kreuz Krankenhauses am St.-Pauli-Deich, der Bau des Offshore-Terminals sei für den

Wirtschaftsstandort Bremerhaven von zentraler Bedeutung. Es sei vereinbart worden, dass die Kostenentwicklung des Großvorhabens „fortlaufend untersucht“ werde. Dies gebe auch das parallele Planfeststellungsverfahren. Es habe unterschiedliche Auffassungen zur Wirtschaftlichkeit des Projekts in Bremerhaven gegeben, aber das sei bei Bauvorhaben von dieser Größe „immer so“. Bremen plane keineswegs „ins Blaue hinein“, sondern werde „jeden Schritt genau hinterfragen“. Reinken bilanzierte: „Der OTB ist ein sinnvolles Projekt.“

Auch der grüne Landeschef Saxe erinnerte daran, dass es „Bedenken gegen den OTB“ gegeben habe, weil sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit dem grundsätzlichen Beschluss vor einigen Jahren geändert hätten. Über die Kritik sei diskutiert worden, am Ende mit dem Ergebnis, dass eine rot-grüne Koalition den Bau eines Offshore-Terminals am Blexer Bogen befürworte. Dies sei „eine wichtige Nachricht für Bremerhaven“ und flankiere die Energiewende. Es sei vereinbart worden, dass Kosten und Nutzen des OTB „kontinuierlich überprüft“ würden. Und es

sei geklärt, dass es „bei den 180 Millionen Euro bleibt.“

Saxe machte keinen Hehl daraus, dass das Thema Weservertiefung bei den Grünen „Bauchschmerzen“ hervorrufe. Es zeichne sich ab, dass der Europäische Gerichtshof bei seiner Bewertung die Außen- und Unterweser getrennt kommentiere. Dies werde Bremen und Niedersachsen voraussichtlich unterschiedlich beschäftigen. Es sei mit Auflagen zu rechnen, so dass sich der Bund als Träger des Verfahrens wahrscheinlich auf Anpassungen einstellen müsse. Für Bremen sei die Außenweservertiefung von Bedeutung, und die Grünen würden sich nicht dagegen stemmen. Die Folgen für die Umwelt seien bei einer Vertiefung der Unterweser auf niedersächsischem Gebiet „eklatant“.

Der sozialdemokratische Landesvorsitzende Reinken erklärte, die Vertiefung der Außenweser diene dazu, die Erreichbarkeit der Container-Umschlagplätze in Bremerhaven zu sichern. Auch er betonte, dass nun erst der Richterspruch abgewartet werden müsse. Die SPD „unterstützt eindeutig“ die geplante Vertiefung der Außenweser.

Die Verhandlungspartner von SPD und Grünen einigten sich laut Reinken und Saxe auch darauf, dass der Verfassungsschutz mehr Personal bekommt. Es gehe dabei unter anderem um die Beobachtung von Personen, die womöglich religiös motivierte Taten planten. Bremen sei „eine Hochburg des Salafismus“, so der sozialdemokratische Landeschef, und da sei es geboten, die Behörde mit zwei oder drei Stellen zu verstärken.

Das nächste Treffen zur Vorbereitung einer rot-grünen Koalition für die Legislaturperiode von 2015 bis 2019 ist für diesen Freitag geplant. Dann sollen nach Angaben aus der Verhandlungsrunde noch mehrere Themen besprochen werden, die auch finanziell eine besondere Bedeutung hätten.

Dies gelte beispielsweise für die geplante Beschaffung von neuen Bahnen für die Bremer Straßenbahn AG und die Absichten für den städtischen Krankenhausverbund Gesundheit Nord. Thema sei zudem die Bebauung an der Osterholzer Feldmark und die Zukunft der Bremer Bäder. Überdies sollten die Zuschnitte der künftigen Senatsressort besprochen werden.

## ARD will digitaler werden

**Bremen (she).** Zu Beginn der Woche haben sich die Intendanten der ARD zu ihrer Jahrestagung in Bremen getroffen. Auf dem Programm stand erneut das seit Längerem diskutierte neue Jugendangebot der zehn zur ARD zusammengeschlossenen Rundfunkanstalten. Aus den Plänen, einen Jugendkanal zu installieren, ist inzwischen die Idee geworden, gemeinsam mit dem ZDF ein breit aufgestelltes Angebot der Öffentlich-Rechtlichen für junge Menschen im Internet zu installieren.

Im Exklusiv-Interview mit dem WESER-KURIER bekräftigen der ARD-Vorsitzende und NDR-Intendant Lutz Marmor und der Intendant von Radio Bremen, Jan Metzger, außerdem die Absicht, auch jenseits dieses Angebots für junge Menschen verstärkt auf digitale Medien zu setzen: So sollen unter anderem die Mediatheken der einzelnen Sender nutzerfreundlicher gestaltet werden, für das Flaggship „Tatort“ will man einen eigenen Youtube-Channel einrichten und auch die Präsenz auf Facebook und Twitter soll ausgebaut werden. Den Wechsel der Talkshow von Sandra Maischberger vom Dienstag auf den Mittwoch sehen die beiden Intendanten als Chance, künftig häufiger Themenabende anzubieten. Für Lutz Marmor war es die letzte Jahrestagung als ARD-Vorsitzender – er wird am 1. Januar von der MDR-Intendantin Karola Wille abgelöst und konzentriert sich dann wieder auf seine Aufgabe als NDR-Chef. **Thema Seite 3**

## VERMISCHTES

Jeder zweite Achtjährige regelmäßig online 5

Mehr als die Hälfte der Achtjährigen (55 Prozent) in Deutschland ist regelmäßig online. Das ergab eine Studie zur Internetnutzung von Kindern. Schon unter Dreijährigen ist jeder Zehnte im Netz aktiv.

## BREMEN

Eine neue Zukunft für den Wall 8

Inspiziert vom WESER-KURIER, haben sich viele Bremer Gedanken über die Zukunft des Wall nach dem Brand des Harms-Hauses gemacht. Im WESER-KURIER-Talk an diesem Donnerstag wird darüber gesprochen.

## SPORT

Zwiener kehrt nach Bremerhaven zurück 23

Der aus Bremen kommende Basketballer Philip Zwiener kehrt zum Bundesligisten Eisbären Bremerhaven zurück. Der 60-fache Nationalspieler und Olympiateilnehmer hat einen Ein-Jahres-Vertrag unterschrieben.

## POLITIK

Ende des Kita-Streiks in Sicht 2 und 4

Im Kita-Tarifkonflikt könnte es jetzt zu einem raschen Durchbruch kommen. Die beiden Schlichter haben teilweise deutliche Lohnerhöhungen für die einzelnen Berufsgruppen vorgeschlagen. Im Anschluss an die Schlichtung wollen Gewerkschaften und Arbeitgeber ihre Verhandlungen nun am Mittwoch fortsetzen.



## RUBRIKEN

Familienanzeigen	25	Rätsel & Roman	27
Fernsehen	28	Tipps & Termine	10
Lesermeinung	17	Veranstaltungsanzeigen	12

## Grundwasser in Gefahr

**Cloppenburg (Iod).** Rückstände aus Tierarzneimitteln und von Pflanzenschutzmitteln belasten das Grundwasser in Niedersachsen. Nach Angaben des Bundesumweltamtes und des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) sind vor allem viehreiche Landkreise von erhöhten Werten betroffen. Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) fordert daher eine Verringerung des Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft, um das Trinkwasser zu schützen. Zudem setzt er sich für die Entwicklung von umweltfreundlichen Wirkstoffen ein. Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) verfolgt schon seit Längerem eine Antibiotika-Reduzierung in der Tiermast. Inzwischen muss die Abgabemenge an die Behörden gemeldet werden. Bei übermäßigem Einsatz drohen Sanktionen. Laut Gesundheitsministerin Cornelia Rundt (SPD) soll der Einsatz von Antibiotika in den Ställen in fünf Jahren um die Hälfte reduziert werden.

Das Umweltbundesamt spricht sich dafür aus, einen Grenzwert für Tierarzneimittel einzuführen, der sich an dem für Pflanzenschutzmittel orientiert. Dieser liegt bei 0,1 Mikrogramm pro Liter. Unterdessen wehren sich die Landwirte beim deutschen Bauerntag in Erfurt gegen die zunehmende Kritik an ihrer Arbeit und aus ihrer Sicht überzogene Auflagen. Proteste sind für diesen Donnerstag geplant. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 14**